

# MOTION

**Urheber** Fabien Girard (Suppl.), PLR, und Olivier Turin, AdG/LA  
**Gegenstand** Grundstücksverkauf zwischen Gemeinwesen: Einführung eines angemessenen Verhältnisses für einen effizienteren Service public  
**Datum** 08.03.2016  
**Nummer** 1.0164

---

Gegenwärtig werden zahlreiche kantonale Grundstücke an Gemeinden hinsichtlich der Realisierung von Projekten im öffentlichen Interesse verkauft und umgekehrt. Das aktuelle Verfahren umfasst langwierige Verhandlungen zwischen dem Staat und den Gemeinden, die ihre Projekte realisieren wollen, und führt zu schier endlosen Verfahren und Behandlungsfristen.

Der Spiessrutenlauf im Zusammenhang mit dem Kauf eines Grundstücks (Eigentum des Staates Wallis), auf dem die künftige Feuerwehrkaserne der Gemeinden Monthey und Collombey-Muraz entstehen soll, veranschaulicht diese Problematik. Um sein Grundstück zu rentabilisieren, hat der Staat sogar Immobilienhändler beauftragt, um ein Projekt im öffentlichen Interesse zu konkurrenzieren und dadurch die Preise in die Höhe zu treiben! Was hat das noch mit öffentlichem Interesse zu tun? Mit einem fragwürdigen Vorgehen legt der Staat also zwei Gemeinden mit über 27'000 Einwohnern, die sich mit effizienten Strukturen ausstatten wollen, Steine in den Weg. Diese absurde Vorgehensweise könnte als schwere berufliche Verfehlung gegen das öffentliche Interesse und offensichtliches Misstrauen des Staates gegenüber den Gewählten und den Bürger/innen einer ganzen Region qualifiziert werden. Das Ergebnis ist ein langwieriger Papierkrieg zwischen Beamten ohne jeglichen Mehrwert. Brauchen wir das wirklich? Die Verwaltungen könnten sicher ganz gut ohne diese überflüssige Arbeit leben.

In zahlreichen Fällen (Sitten, Brig) lag der endgültige Preis schliesslich 50% unter dem Marktpreis für den Grundstücksverkauf zwischen Gemeinwesen. Es ist also höchste Zeit, die Augen zu öffnen und die Qualität sowie die Effizienz des Service public auf einfache Weise zu verbessern. Die gesetzliche Verankerung eines Verhältnisses zwischen dem Marktpreis und dem Preis zwischen Gemeinwesen wäre für alle Partner (Gemeinden, Kanton, Verwaltungen und schliesslich die Bürger/innen) von Vorteil und würde eine raschere Realisierung der Projekte zum Wohle des gesamten Gemeinwesens ermöglichen.

## **Schlussfolgerung**

Wir fordern den Staatsrat auf, die nötigen Gesetzesänderungen hinsichtlich einer Vereinfachung der Verfahren für den Grundstücksverkauf zwischen Gemeinwesen vorzuschlagen.